Ein Spandau, das zusammenhält und Zukunft schafft.

Vereinbarung einer Zählgemeinschaft
zwischen den Spandauer Kreisverbänden
von CDU und Bündnis'90/Die Grünen

2026 - 2031

Ein Spandau, das zusammenhält und Zukunft schafft.

CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben 2023 mit dem „Spandauer Weg“ eine neue Form der Zusammenarbeit begonnen. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass diese Zusammenarbeit trägt. Vertrauen ist gewachsen und gemeinsame Vorhaben konnten vorangebracht werden. Auch bei unterschiedlichen politischen Überzeugungen haben wir immer wieder gemeinsame Lösungen für Spandau gefunden. Auf dieser Erfahrung bauen wir auf. Die nach der Wiederholungswahl am 12. Februar 2023 begonnene vertrauensvolle Zusammenarbeit wollen wir auch nach der Wahl vom 20. September 2026 fortsetzen und weiterentwickeln. Sie knüpft an die Zusammenarbeit auf Grundlage der Vereinbarung „Der Spandauer Weg“ für die Jahre 2023 bis 2026 an.

CDU und Bündnis 90/Die Grünen bleiben dabei eigenständige Parteien mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen und eigenen Antworten auf viele Fragen. Unsere Zusammenarbeit lebt nicht davon, diese Unterschiede zu verwischen. Sie lebt davon, dass wir dort gemeinsam Verantwortung übernehmen, wo uns Ziele und Überzeugungen verbinden. Diese Vereinbarung beschreibt das, was wir u.a. gemeinsam für Spandau erreichen wollen. Wo es keinen gemeinsamen Standpunkt gibt, behaupten wir auch keinen.

CDU und Bündnis 90/Die Grünen verfügen gemeinsam nicht über eine eigene absolute Mehrheit in der BVV. Zugleich haben politische Kräfte an den Rändern an Zustimmung gewonnen. Gerade deshalb wollen wir mit dieser Vereinbarung ein klares Signal setzen: Demokratische Politik braucht Verlässlichkeit, die Bereitschaft zum Kompromiss und den Willen, Verantwortung zu übernehmen. Wir haben einen gemeinsamen Plan für Spandau und wollen für seine Umsetzung Mehrheiten der politischen Mitte gewinnen.

Spandau wird sich auch in den kommenden Jahren verändern. Die Anforderungen an Infrastruktur, öffentliche Räume und das Zusammenleben steigen. Wir wollen diesen Wandel so gestalten, dass Spandau lebenswert bleibt und seine besondere Identität bewahrt. Dabei wollen wir die sozialen und strukturellen Entwicklungen in unseren Kiezen besonders im Blick behalten und dafür sorgen, dass Wachstum und Veränderung nicht zulasten des Zusammenhalts gehen. Wir wollen erhalten, was unseren Bezirk ausmacht, verbessern, was im Alltag noch nicht gut funktioniert, und ermöglichen, was Spandau für eine gute Zukunft braucht.

Unser Ziel ist ein Spandau, das zusammenhält und Zukunft schafft. Dazu gehört eine leistungsfähige, bürgernahe Verwaltung mit zeitgemäßen Arbeitsbedingungen, die wir nachhaltig als attraktiven Arbeitgeber stärken wollen. Wir wollen die digitale Infrastruktur im Bezirk stärken und ihren Ausbau voranbringen. Damit knüpfen wir an das gemeinsame Ziel an, die Voraussetzungen für eine leistungsfähige digitale Versorgung in Spandau zu verbessern. Wir wollen das Spandauer Klimaschutzkonzept mit konkreten und messbaren Maßnahmen umsetzen.

Wir wollen das Miteinander auf Spandaus Straßen verbessern, den öffentlichen Personennahverkehr stärken, Radwege sanieren und ausbauen und den Fußverkehr fördern. Unser Ziel ist ein gutes Miteinander aller Verkehrsteilnehmer auf Spandaus Straßen. Zugleich wollen wir dafür sorgen, dass Spandaus Straßen sowie Fuß- und Radwege in einem guten Zustand sind und die unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnisse berücksichtigt werden.

Wir wollen einen öffentlichen Raum, in dem sich die Menschen gerne und sicher aufhalten. Sauberkeit, gepflegte Grünanlagen und ein handlungsfähiges Ordnungsamt gehören für uns ebenso dazu wie Sicherheit und ein konsequenter Vollzug bestehender Regeln. Spandaus Grün wollen wir erhalten und weiterentwickeln und damit Lebensqualität und Klimaanpassung miteinander verbinden.

Ein lebenswerter Bezirk muss auch in schwierigen Situationen handlungsfähig sein. Deshalb wollen wir den Katastrophenschutz in Spandau stärken und unseren Bezirk besser auf Krisen und außergewöhnliche Ereignisse vorbereiten. In allen Ortsteilen soll darüber hinaus die Bekanntheit von Katastrophenschutz-Informationspunkten gesteigert werden.

Wir wollen, dass Menschen in Spandau ohne Angst vor Gewalt leben können. Wir wollen die Beratungs- und Schutzangebote für von Gewalt betroffene oder bedrohte Frauen ausweiten und stärken. Wir knüpfen damit an das gemeinsame Anliegen an, die Istanbul-Konvention im Rahmen der bezirklichen Möglichkeiten umzusetzen. Insbesondere sollen verwaltungsinterne Strukturen geschaffen werden, die den Gewaltschutz bei Sorgerechtsstreitigkeiten sicherstellen.

Unser Ziel sind starke Kieze, in denen soziale Unterschiede nicht darüber entscheiden, welche Chancen Menschen haben und wie gut sie leben und wohnen können. Kinder und junge Menschen sollen gute Perspektiven haben, Nachbarschaften sollen funktionieren und soziale Infrastruktur soll dort vorhanden sein, wo sie gebraucht wird. Besonders dort, wo Jugendliche und junge Erwachsene einen erhöhten Unterstützungs- und Beratungsbedarf haben, wollen wir die Jugendsozialarbeit stärken. Neben der sozialpolitischen Bedeutung der Maßnahme wird damit auch ein Beitrag geleistet, um ein Abdriften der Jugendlichen und jungen

Erwachsenen in kriminelle Strukturen zu verhindern. Lebendige Kultur und Sport, engagierte Vereine, ein starkes Ehrenamt und Menschen, die füreinander einstehen, tragen zu starken, inklusiven Kiezen bei.

Dafür setzen CDU und Bündnis 90/Die Grünen den gemeinsam eingeschlagenen Spandauer Weg fort. Wir wollen Spandau mit Verlässlichkeit, gegenseitigem Vertrauen und dem Willen zu gemeinsamen Lösungen gestalten. Dabei wissen wir: Die Zukunft unseres Bezirks entsteht nicht aus Abgrenzung und Stillstand, sondern dort, wo Menschen Verantwortung übernehmen, Gemeinsamkeiten suchen und bereit sind, Spandau gemeinsam voranzubringen.

Verlässlich gemeinsam handeln

1. Grundregeln der Zusammenarbeit

CDU und Bündnis 90/Die Grünen arbeiten verlässlich, fair und auf Augenhöhe zusammen. Grundlage der Zusammenarbeit sind die in dieser Vereinbarung gemeinsam getroffenen Festlegungen. Was gemeinsam vereinbart ist, wird von beiden Partnern getragen und gemeinsam vorangebracht. Wo keine gemeinsame Position vereinbart ist, bleiben beide Partner politisch eigenständig. Zugleich suchen sie auch dort fortlaufend das Gespräch und prüfen, ob und wie gemeinsame Positionen und Lösungen entwickelt werden können. Gemeinsame Initiativen in der Bezirksverordnetenversammlung mit anderen Fraktionen bleiben den Partner unbenommen.

Die Partner respektieren ihre unterschiedlichen politischen Profile und die Sichtbarkeit des jeweils anderen. Gemeinsam Erreichtes verstehen sie als gemeinsamen Erfolg und machen dies auch nach außen deutlich. Zugleich erkennen sie an, dass in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit auch einer der Partner besonders sichtbar sein kann – mit einer eigenen Initiative, einem politischen Schwerpunkt oder einer im gemeinsamen Austausch gefundenen Lösung. Beide Partner gönnen einander solche politischen Erfolge. Maßstab bleibt, dass die gemeinsame Arbeit Spandau voranbringt und den Menschen im Bezirk zugutekommt.

Wo unterschiedliche Auffassungen bestehen, können beide Partner ihre jeweilige Position auch öffentlich vertreten. Über politisch bedeutsame Vorhaben und Positionierungen, bei denen unterschiedliche Auffassungen erkennbar sind, informieren sie einander frühzeitig, bevor sie öffentlich kommuniziert werden. Dies gilt insbesondere, wenn sich aus unterschiedlichen politischen Verantwortlichkeiten auf Bezirks- und Landesebene verschiedene Positionen ergeben. Solche

Unterschiede hält die Zusammenarbeit aus. Die Partner gehen mit ihnen fair um und achten darauf, dass aus politischem Dissens kein grundsätzliches Gegeneinander in der Zusammenarbeit entsteht.

2. Bezirksamt und gemeinsame Wahlvorschläge

CDU und Bündnis 90/Die Grünen wollen Spandau aus der gesellschaftlichen Mitte heraus gestalten und für ihre Vorhaben Mehrheiten in der Mitte der Bezirksverordnetenversammlung gewinnen. Personen, die antisemitische oder rassistische Positionen vertreten, Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion, Identität oder anderer persönlicher Merkmale ausgrenzen oder extremistische Positionen vertreten und grundlegende Prinzipien unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung infrage stellen, werden von der Zählgemeinschaft nicht unterstützt. Sie sollen mit Unterstützung der Zählgemeinschaft keine politische Verantwortung im Bezirksamt und in der Bezirksverordnetenversammlung übernehmen.

Als gemeinsamer Kandidat von CDU und Bündnis 90/Die Grünen für das Amt des Bezirksbürgermeisters wird Frank Bewig vorgeschlagen. Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen werden Frank Bewig sowie Thorsten Schatz als weiteren Kandidaten der CDU für das zweite Stadtratsamt mit allen ihren Stimmen mitwählen.

Beide Partner haben das gemeinsame Ziel, zügig ein handlungsfähiges Bezirksamt zu bilden und streben eine Wahl am 29. Oktober 2026 während der konstituierenden Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung von Spandau an.

Die CDU stellt als stärkste Fraktion die Vorsteherin oder den Vorsteher der BVV. Sie unterstützt Bündnis 90/Die Grünen bei einer etwaigen Kandidatur für das Amt einer stellvertretenden Schriftführerin / eines stellvertretenden Schriftführers.

Für den Fall, dass die CDU in den Fachausschüssen das Vorschlagsrecht für je zwei Bürgerdeputierte erhält, überlässt sie Bündnis 90/Die Grünen das Vorschlagsrecht für insgesamt zwei/drei Bürgerdeputierte (jeweils für eine Person in zwei/drei unterschiedlichen Ausschüssen).

3. Zusammenarbeit in der Bezirksverordnetenversammlung

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen arbeiten in der Bezirksverordnetenversammlung eng und verlässlich zusammen. Vor den Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung stimmen sie sich über ihre Initiativen, die anstehenden Beratungen und das gemeinsame Vorgehen ab. Die konkrete Ausgestaltung gemeinsamer Initiativen erfolgt in Abstimmung zwischen den Fraktionen.

Da CDU und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam über keine eigene absolute Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung verfügen, suchen sie für ihre gemeinsamen Vorhaben den Austausch mit anderen Fraktionen und Bezirksverordneten, um in der gesellschaftlichen Mitte für tragfähige Mehrheiten zu werben. Dabei bleibt das Ziel, für Vorhaben, die Spandau voranbringen, eine möglichst breite Unterstützung zu gewinnen.

Mindestens einmal im Jahr kommen beide Fraktionen zu einer gemeinsamen Klausurtagung zusammen. Sie dient dazu, die bisherige Zusammenarbeit auszuwerten, gemeinsame politische Schwerpunkte weiterzuentwickeln und neue Themen zu identifizieren, bei denen eine gemeinsame Position gefunden werden kann.

4. Regelmäßiger politischer Austausch

CDU und Bündnis 90/Die Grünen kommen regelmäßig, mindestens jedoch einmal im Quartal, zu einem politischen Austausch zusammen. Daran nehmen die Bezirksamtsmitglieder der Zählgemeinschaft sowie Vertreterinnen und Vertreter der Vorstände der Parteien und Fraktionen teil. Der Austausch dient dazu, aktuelle politische Entwicklungen frühzeitig miteinander zu besprechen, die Umsetzung der gemeinsamen Vereinbarungen zu begleiten und mögliche neue gemeinsame Positionen und Vorhaben zu entwickeln.

Auch Themen, die nicht Gegenstand dieser Vereinbarung sind, können in diesen Austausch eingebracht werden. Dies gilt insbesondere für politisch bedeutsame Entwicklungen im Bezirk oder auf Landesebene, die Auswirkungen auf Spandau oder die Zusammenarbeit der Zählgemeinschaft haben können.

Die Partner nutzen den regelmäßigen Austausch auch dazu, unterschiedliche Positionen frühzeitig zu erkennen und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen.

5. Haushalt und Investitionsplanung

Eine verlässliche und verantwortungsvolle Haushaltspolitik ist eine wesentliche Grundlage für die Handlungsfähigkeit Spandaus. Dabei sind wir auch von Rahmenbedingungen abhängig.

Bei der Aufstellung und Beschlussfassung des Bezirkshaushalts und der Investitionsplanung streben beide Partner Einigkeit an. Die Partner stimmen sich frühzeitig über politische Schwerpunkte, finanzielle Spielräume und notwendige Prioritäten ab. Dabei wollen sie auch Strukturen und Verfahren daraufhin überprüfen, wo Aufgaben effizienter wahrgenommen und vorhandene Mittel wirkungsvoller eingesetzt werden können.

CDU und Bündnis 90/Die Grünen bekennen sich zu starken und handlungsfähigen Bezirken und setzen sich im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten auf Landesebene für eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der Bezirke ein.

Gemeinsames Ziel ist es, den Bezirkshaushalt und die Investitionsplanung jeweils mit einer breiten Mehrheit in der BVV zu beschließen. Auch gegenüber dem Land Berlin setzen sich beide Partner im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten für die gemeinsam vereinbarten Projekte und Ziele ein. Dies gilt bei weiteren Entscheidungen des Landes, die für die Umsetzung gemeinsamer Vorhaben in Spandau von Bedeutung sind.

Spandau, den 28.10.2026

Für die CDU Spandau

Heiko Melzer

Frank Bewig

Arndt Meißner

Für Bündnis'90/Die Grünen Spandau

Doreen Frowitter

Philipp Freisleben

Dara Kossok-Spieß

Christoph Sonneberg-Westeson